

18. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

25. Jänner 1950

65/J

Anfrage

der Abg. Reissmann, Horn, Ferdinand Flossmann.

und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen,

den

betreffend Streik der Bühnenarbeiter an den Bundestheatern.

-.-.-.-.-

Vor zweieinhalb Jahren schon hat die Bühnenarbeiterenschaft der Bundestheater Herrn Ministerialrat Dr. Hilbert ihre Forderungen unterbreitet. Seit der damaligen Vorsprache wurde ihre Geduld und ihre Opferbereitschaft auf eine wahrlich harte Probe gestellt. Die Bühnenarbeiter haben in gleicher Art wie die andere Arbeiterschaft Einsicht gezeigt und ihre berechtigten Forderungen zurückgestellt. Zur gleichen Zeit, da sie keinerlei Verständnis für ihre Lage gefunden haben, mussten sie eine wahre Schleuderwirtschaft bemerken. Alle ihre Vorschläge, wie man den Betrieb rationalisieren und wie man zur Einsparung von Millionenbeträgen kommen könnte, wurden in den Wind geschlagen. "Ihr versteht ja nichts von Kunst!" "Redet in künstlerische Belange nichts drein!", das waren die Leitsätze des Herrn Ministerialrates Dr. Hilbert, der seine künstlerische Laufbahn als Ministerialbeamter begonnen hat.

Allein durch die Unterschlagungen des Protektionskindes von Herrn Minister a.E. Dr. Pernter - Sitck - ist der Bundestheaterverwaltung und damit dem österreichischen Staate ein Schaden von S 300.000 entstanden. Erst nach 6 Monaten ist man auf die Suche nach einem Fehlbetrag von S 500.000 gegangen und hat festgestellt, dass es sich um einen "Buchungsfehler" handelt.

In letzten Monat wurden über S 100.000 an Überstunden ausbezahlt, die bei geplanter Disposition unnötig gewesen wären.

Seit Jahrzehnten werden in den berühmten Spezialwerkstätten der Bundestheater Bühnenkleider und Kostüme für die Aufführung ^{en} der Bundestheater hergestellt. Nun kommt es zur Neueinführung, dass ein Wiener Modehaus Kostüme in Auftrag bekommt. Auf diese Art wird für ein Kostüm, das um wenige Schilling in eigenen Werkstätten hergestellt werden könnte, 7.000 S bzw. 8.000 S bezahlt werden müssen.

Solisten wurden für 40 Auftritte im Jahr verpflichtet, obwohl es jedem Eingeweihten klar sein müsste, dass für diese grosse Zahl von Auftritten keine Möglichkeit besteht. Daher wurden Sänger, die auf Grund ihres

Beiblatt**Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz****25. Jänner 1950**

Vertrages Solistengage beziehen, in Chorrollen eingeteilt.

Muss man etwas von Kunst verstehen, um zu erkennen, dass hier eine unsachgemäße Schleuderwirtschaft mit Steuergeldern getrieben wird? Dazu kommt, dass der Bundesminister für Finanzen in dieser Frage eine die Arbeiterschaft befreindende Haltung eingenommen hat. Eine Weigerung, mit Vertretern der Arbeiter, die um eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpfen, in Verhandlungen einzutreten, bzw. solche Verhandlungen weiterzuführen, muss in erhöhtem Masse verletzend wirken. Es muss eindringlich festgestellt werden, dass kein öffentlicher Funktionär und auch kein Mitglied der Bundesregierung im Umgang mit streikenden Arbeitern Formen annehmen kann, die in der Privatwirtschaft zum grössten Teil als unsachlich und unzeitgemäß berücksichtigt werden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, die zur Beendigung des Ausstandes der Arbeiter in den Staatstheatern vorerwähnten Verhandlungen einzuleiten und an das Hohe Haus über das Ergebnis zu berichten?
